
Anmerkungen zu Verschuldung und Überschuldung in Österreich

Karl Kollmann

1. Vorbemerkung

Die folgenden Ausführungen versuchen in knapper Form den bisherigen österreichischen Kenntnisstand zu den Fragen der Verschuldung und Überschuldung privater Haushalte zusammenzufassen.

Die individuelle wirtschaftliche Zerrüttung privater Lebenssituationen, also der Sachverhalt der Überschuldung einer Person, findet mittlerweile eine zwar vergleichsweise strenge und für den Betroffenen fragile, jedoch immerhin im Einzelfall noch realisierbare Lösungsmöglichkeit durch das in Österreich geschaffene Privatinsolvenzrecht (1). Mit dieser Maßnahme, die auf herbe – sozialpolitisch heute auch für Unternehmen wirklich unverständliche – Kritik der Protagonisten der Kreditwirtschaft gestoßen ist, sind die Probleme zwar nicht gelöst, jedoch in ihrer möglichen Problemlösung zumindest etwas „gelockert“.

Versagt hat bislang der bildungspolitische Aktivitätsraum insbesondere durch das Fehlen einer schulischen Vermittlung von konsumwirtschaftlichem und haushaltswirtschaftlichem Wissen.

2. Zur wirtschaftlichen Lage von Verbrauchern bzw. der privaten Haushalte

In der Entwicklung der letzten Jahre zeigt sich gemäß den makroökonomischen Daten und den Haushaltsbefragungen, eine stetige Zunahme der durchschnittlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der privaten Haushalte. Der Besitzstand an dauerhaften Konsumgütern, mithin eines der geläufigen Maße für Wohlstand, steigt kontinuierlich an (2).

2.1 Konsumstandards

Über Wohlstand, über individuelle Lebensqualität oder über subjektive wie objektive Zufriedenheit sagt allerdings der Besitzstand an Konsumgütern wenig bis nichts aus. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Veränderungen im Ausstattungsgrad der Haushalte in Österreich. Die Daten entstammen der ÖVA (Österreichische Verbraucheranalyse) des Linzer Markt- und Meinungsforschungsinstituts IMAS, das seit Jahren derartige Erhebungen durchführt.

Tabelle 1:**Haushaltsausstattung, Konsumstandard**

Haushaltsbesitz in österreichischen Haushalten: (3)
(Auswahl)

Jahr:	1974	1983	1993
Haushaltsbesitz in %	%	%	%
Pkw	60	70	75
Gefriertruhe, Gefrierschrank	42	66	72
Kühlschrank	85	93	98
Gasherd oder Elektroherd	—	—	88
Mikrowellenherd	—	—	43
Schnell-, Dampfkochtopf	—	—	56
Grill- und Backautomat	20	26	20
Vollautomatische Waschmaschine	60	76	85
Wäschetrockner	—	8	20
Elektrische Bügelmaschine	—	18	11
Bügeleisen ohne Kabel	—	—	7
Geschirrspülmaschine	6	20	46
Staubsauger	78	87	89
Elektrische Nähmaschine	45	55	52
Elektrisches Küchenmesser	—	20	46
Elektrische Friteuse	—	—	27
Elektrische Küchenmaschine, Mixer	55	61	75
Elektrischer Allesschneider	—	40	50
Elektrischer Entsafter	17	20	25
Elektrischer Brotröster, Toaster	21	40	46
Elektrische Kaffeemaschine	—	73	83
Elektrische Kaffeemühle	—	57	35
Espressomaschine	—	7	17
Elektrischer Luftbefeuchter	—	5	12
Elektrische Bohrmaschine	33	46	60
Elektrische Trockenhaube, Fön	—	63	68
Elektrischer Rasierapparat	—	63	77

Die Tabelle 1 ist eine auf die haushaltstechnische Ausstattung bezogene Auswahl, enthält also nicht Unterhaltungselektronik, Freizeitgeräte usw. Sie zeigt, wie vielfältig der Güterstandard in den Haushalten geworden ist. Wichtig ist, diese Gütervielfalt in den Haushalten auch im Zusammenhang mit Beschaffungsaufwendungen, Kosten des Betriebs, der Wartung usw. zu sehen.

Ein anderer wichtiger Punkt ist die soziale Wahrnehmung dieser Konsumgütervielfalt bzw. die soziale Relevanz von Konsumgüterbesitz. Menschen neigen offenbar dazu, den Ausstattungsgrad mit bestimmten sozial hoch bewerteten Konsumgütern zu überschätzen (4), wenn auch diese Überschätzungsneigung in den letzten Jahren offenbar abgenommen hat (5). Dies erinnert an das Duesenberry-Theorem der Orientierung des subjektiven Konsumverhaltens an der sozio-ökonomisch höheren Gruppe.

2.2 Einkommensentwicklung

Verfolgt man die Entwicklung der Haushaltseinkommen, dann zeigt sich, daß diese im Schnitt nominell (und auch real) in den letzten Jahren kontinuierlich und deutlich gestiegen sind. Der oben angeführte, gestiegene Ausstattungsgrad der Haushalte war ja schon ein Indikator dafür.

Tabelle 2:

Entwicklung der Einkommen

Haushaltseinkommen, netto im Monat (12 Kalendermonate) (6)	
Jahr:	in S
1977	9.400
1982	12.900
1991	25.500

Von 1977 auf 1991 ergibt sich damit im Durchschnitt eine nominelle jährliche Steigerung der netto für den Haushalt verfügbaren Einkommen von rd. 7,4 Prozent. Sowohl bei der Ausgabenseite wie auch bei der Einkommenseite der Haushalte werden heute zwei Sachverhalte regelmäßig nicht beachtet:

Zum einen eine (betriebsspezifisch sicherlich unterschiedliche) Verschleifung von Konsumausgaben mit betrieblichen Sachverhalten bei unternehmerisch tätigen Personen, – Konsumbereiche (manche Lebensmittel, das Wohnen beispielsweise) werden beispielsweise bei Landwirten typischerweise aus dem Betrieb finanziert; reale Konsumstandards werden damit höher sein, als die bloß monetären.

Zum anderen sind Haushalte ja üblicherweise nicht reine Konsumeinheiten, sondern produktive Wirtschaftseinheiten, die Konsumausgaben auch mit einer Vielzahl von hauswirtschaftlichen Tätigkeiten substituieren können und es ja überwiegend auch tun (beispielsweise Wäscherei-

nigung, Wohnungspflege, Nahrungszubereitung, Do It Yourself usw.). Erst aus all diesen Faktoren ergibt sich ein realistisches Bild der Haushalte und natürlich ebenso eines konkreten Einzelfalls.

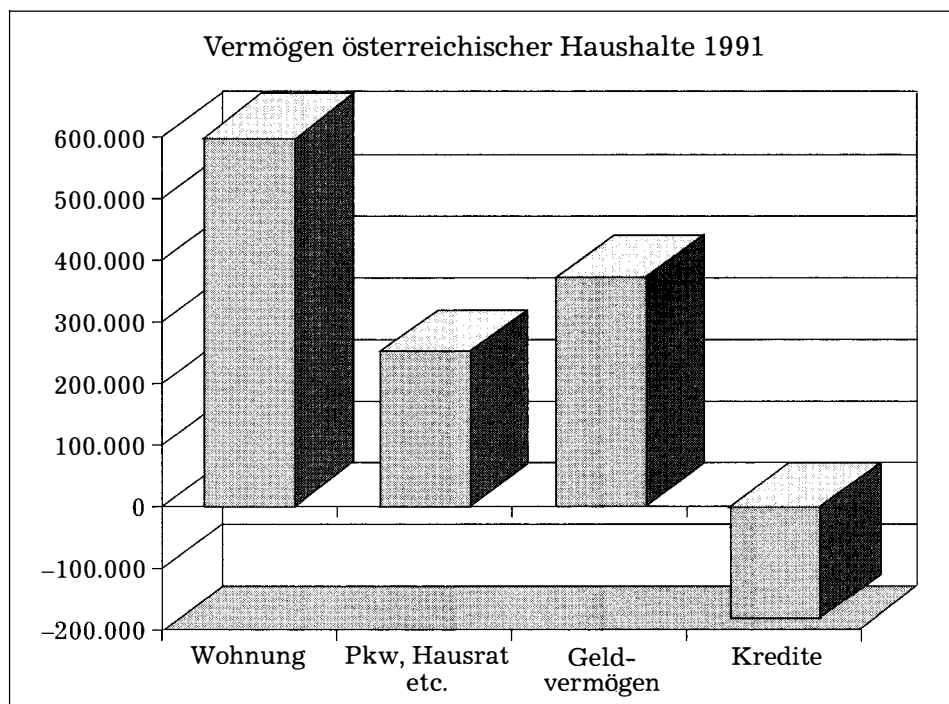
2.3 Vermögenslagen von Haushalten

Zur Struktur des Vermögens der österreichischen Haushalte gibt es derzeit keine wirklich guten Daten, sondern nur einige wenige Anhaltspunkte. Generell wird – natürlich auch von den Haushalten selbst – zu wenig beachtet, daß Einkommen und Konsumausgaben Flußgrößen sind, aus denen, wenn hier Vermögensübertragungen aus dem verwandtschaftlichen Netz außer acht bleiben, die Bestandsgröße Haushaltsvermögen gespeist und gebildet wird.

Klar ist, daß die vorhandenen makroökonomischen Daten insbesondere über das Geldvermögen nicht so ohne weiteres auf die privaten Haushalte „aufgeteilt“ werden können, individuelle Angaben (bei Befragungen) diesbezüglich sehr ungern gemacht werden, und daß die Schätzungen der Werte von Wohnung und der übrigen Güter oft kräftig von Marktpreisen abweichen. Folgt man deutschen Daten (7) und adaptiert sie auf Österreich, kommt man zu folgendem tentativen Ergebnis – es hat in erster Linie illustrativen Zweck:

Abbildung 1:

Vermögenslage (8)



Vermutlich noch weit ausgeprägter als bei den Einkommen der Haushalte variiert deren Vermögenssituation. Als Bestandsgröße ist sie ja einerseits von den Randbedingungen (private Transfers), andererseits vom Lebenszyklus des Haushalts (beispielsweise „mit Null beginnen“) und von der wirtschaftlichen Entwicklung des betroffenen Haushalts abhängig.

2.3 Gesellschaftliche Konsumprobleme

2.3.1 Armut

Die vorhin gemachten Ausführungen zu den Entwicklungen beim materiellen Konsumstandard, bei den Einkommen der Haushalte und zu ihrer durchschnittlichen Vermögenslage dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Ausbildung materieller Konsumchancen recht ungleichmäßig entwickelt hat. Armut und Armutsgefährdung sind reale und empirisch deutlich ausgeprägte Phänomene geblieben, wenn auch die heutzutage medial vermittelte „öffentliche Aufmerksamkeit“ vergleichsweise wenig darauf gerichtet ist. So werden in den Arbeiten zur Armutsgefährdung rund zwanzig Prozent der Bevölkerung als „armutsbedroht“ ausgewiesen (9).

2.3.2 Überzogene individuelle Konsumniveaus

Ein anderes Problem ist die für eine vermutlich beachtliche Verbrauchergruppe sich ergebende Schwierigkeit, zu ihren Einkommenslagen wirtschaftlich passende Konsumniveaus zu finden. Wechselt man hier in eine haushaltsökonomische Perspektive über, dann finden sich zu viele Haushalte im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Struktur in überzogenen Ausgabenbereichen. Dies betrifft, nur um zwei typische Beispiele herauszugreifen, das zum verfügbaren Haushaltseinkommen oft reichlich überdimensionierte Auto, sowie den langfristig, etwa im Hinblick auf die Unterhaltskosten, mitunter überzogenen Hausbauwunsch im Grünen.

2.3.3 Gesellschaftliche Ursachen

Eine der „unterschwellig“, indirekten Ursachen für konsumwirtschaftliches bzw. haushaltsökonomisches Fehlverhalten mag nicht zu Unrecht im Marketing und in der Werbung gesehen werden. Marketing und Werbung legen heute mit mittlerweile unwahrscheinlich hohen finanziellen Aufwendungen (10) zweifellos artifizielle Wahrnehmungsfolien über die Alltagswelt, die diese mehr oder weniger subtil zu gestalten beginnen. Für die Verbraucher wirkt sich das in einem zunehmenden Konsumdruck aus. Dieser wird von der Bevölkerung offenbar als erheblich empfunden.

Tabelle 3:**Konsumdruck (11)**

Fragestellung: „Wie stark ist Ihrer Meinung nach der Druck, Dinge zu kaufen, nur um nicht aus der Reihe zu fallen?“

Jahr	sehr stark	ziemlich stark	eher nicht stark	überhaupt nicht
1982	13	40	31	14
1992	17	40	32	11

Zweifellos wären hier beispielsweise Fragen nach der Sozialverträglichkeit von Marketingmaßnahmen angebracht – es hat jedoch den Anschein, als würden diese von gesellschaftlich relevanten Gruppen oder Organisationen heute in einem geringerem Ausmaß als ehemals noch gestellt.

3. Verschuldungssituation in Österreich

3.1 Zur Abgrenzung von Verschuldung und Überschuldung

Beide Begriffe werden heute, insbesondere auch in den Medien, nur unscharf getrennt. Häufig wird dabei auch übersehen, daß Haushalte über teilweise beachtliches Haushaltsvermögen verfügen sowie, daß mittlerweile Fremdfinanzierung von Anschaffungen bzw. Investitionen (= „Verschuldung“) durchaus – mit altersunterschiedlichen Ausprägungen – eine übliche haushaltswirtschaftliche Vorgangsweise geworden ist. Auf der anderen Seite hat die Kreditfinanzierung für private Zwecke in Mitteleuropa noch immer einen beachtlich negativ getönten konnotativen Charakter, insbesondere bei älteren Verbrauchergruppen.

Unter „Verschuldung“ wäre der Sachverhalt der Fremdfinanzierung von haushaltlichen Investitionen zu verstehen. Jenseits der rechtlichen Kategorie „Kredit“ bzw. Darlehen gibt es ein Unschärfekriterium dabei insbesondere bei unklar definierten privaten Transferleistungen (z. B. elterliche Zuschüsse zum Erwerb einer Wohnung). Der Sachverhalt der Verschuldung gilt unabhängig vom bestehenden Vermögen des betroffenen Haushalts, hat jedoch natürlich – je nach Finanzkraft (Einkommen) und Vermögenslage – völlig unterschiedliche Wirksamkeit für Haushalte.

Von Überschuldung ist in einem haushaltsökonomischen Sinn dann zu sprechen, wenn ein Haushalt seine Verbindlichkeiten nicht mehr aus dem laufenden Einkommen oder seinem Vermögen bestreiten kann, ohne wesentliche Verminderungen seines bisherigen Lebensniveaus zu ma-

chen. Bei einem bislang hohen Lebensniveau setzt dann relative „Verarmung“ ein: üblicherweise ein wirtschaftlicher Anpassungsprozeß in Richtung eines bescheideneren Lebens. So sehen beispielsweise Lebensphasen von Gewerbetreibenden oder Unternehmern nach geschäftlichen Insolvenzen aus, oder die Lebenssituationen von Menschen mit Kindern nach einer Scheidung.

Was im herkömmlichen Verständnis offenbar unter Überschuldung gemeint wird, ist eine Verminderung des Lebensniveaus des betroffenen Haushalts bei vorhandenen – nicht zwangsläufig monokausal *durch* vorhandene – Verbindlichkeiten, unter die Armutsgrenze.

3.2 Globale Daten

Besieht man die Situation in Österreich aus einer makroökonomischen Perspektive in einem internationalen Vergleich, dann zeigt sich doch recht deutlich, daß hierzulande die Verschuldungslage der privaten Haushalte noch vergleichsweise gering entwickelt ist (12). Die Verschuldung von privaten Haushalten ist nicht in dem Maß fortgeschritten wie in vergleichbaren anderen hochentwickelten Ländern. So war etwa im Jahr 1989 in Österreich rund eine Million der damals knapp drei Millionen Haushalte verschuldet (13).

Im Gesamtvolumen und aus Makrodaten berechnet, betrug im Jahre 1990 die Gesamtverschuldung privater Haushalte und der Angehörigen der sog. Freien Berufe rd. 655 Milliarden öS (14). Im Jahre 1991 waren es rund 721 Milliarden (jeweils ohne jene Kredite der Verbraucher, die sie bei Nichtfinanzunternehmen und privaten Kreditgebern hielten).

Die sog. „Verschuldungsintensität“, gemessen am BIP (Bruttoinlandsprodukt), ist in Österreich im internationalen Vergleich noch ausgesprochen niedrig. Sie beträgt rund 36 Prozent (für das Jahr 1989). Im Vergleich dazu sind es in der BRD etwa 54 Prozent, in den USA circa 70 Prozent und in Großbritannien rund 78 Prozent (15).

3.2.1 Problem: unterschiedliche Konzepte von Kreditverpflichtung

Nach den unterschiedlichen Konzepten im Verständnis der Kreditverpflichtung betrug diese im Jahre 1990 von 277 bis 742 Milliarden öS (16). Das Volumen differiert je nach den Inklusionen bzw. Randbedingungen. Ganz kurz umrissen sind es folgende Annahmen: reine Konsumkredite der Arbeitnehmer (ohne Wohnen) – 277 Milliarden; Kredite der Arbeitnehmer (einschließlich der Freien Berufe) gegenüber Banken (also einschließlich direkter Wohnkredite) – 458 Milliarden; Kredite der Arbeitnehmer (und Freien Berufe) gegenüber Finanzunternehmen (Banken und Versicherungen) inkl. direkter Wohnkredite und von Wohnbauträgern und Darlehensgebern intermediatisierten Krediten – 742 Milliarden.

3.3 Aktuelle Gegebenheiten

Im Jahr 1993 betrug das Volumen aushaftender Kredite von Banken an Personen der Kategorie „Unselbständig Erwerbstätige und Private“ (also ohne die Kredite jener Personen, die beruflich den „Freien Berufen“ zugerechnet werden) einschließlich der Bausparkkredite rund 494 Milliarden öS. Hier handelt es sich also um eine direkte „Zahllast“ der Arbeitnehmer gegenüber Banken (einschließlich der von Banken direkt realisierten Wohnraumfinanzierung und des Bausparens).

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung dieser Kreditvolumina:

Tabelle 4:

Bankkredite an Private bzw. Arbeitnehmer

Jahr	Kredite von Banken an Verbraucher (17) (in Milliarden öS)
1990	387,5
1991	431,8
1992	466,3
1993	493,9

Aus Verbraucherbefragungen ergibt sich, daß rund 15 Prozent der (Erwachsenen) Verbraucher einen Kredit oder auch mehrere Kreditverpflichtungen haben. Aus dieser personenbezogenen Auskunft wird beispielsweise von Mooslechner auf eine Belastung von Haushalten mit Kreditverbindlichkeiten in einem Ausmaß von etwa einem Drittel geschlossen (aufgrund der Haushaltsgröße) (18). Dies scheint jedoch nicht sinnvoll, da niemand heute noch weiß, wie die Befragten sich einander die in Partnerbeziehungen ja – nicht zuletzt aufgrund der Kreditvergabe-Usancen der Banken – meist solidarisch besicherten und haftenden Kredite nun konkret zurechnen (19). Derartige Methodenmängel bisheriger Erhebungen lassen offensichtlich nur ungenaue Abschätzungen der Verschuldungslage von Verbrauchern bzw. der privaten Haushalte zu.

Globale Befragungen zu solch differenzierten Themen wie Verbindlichkeiten des Haushalts täuschen mitunter, da sie Befragte in ihren konventionellen Wahrnehmungsmodi, die ja gesellschaftlich gefärbt sind, noch stützen können (20). Fragt man detaillierter, ergeben sich andere Einschätzungen, auch bessere Erinnerungsmöglichkeiten usw.

So ergibt sich aus einer bereits erwähnten, breiter differenzierenden Erhebung demgegenüber folgendes Bild:

Tabelle 5:**Kreditverbindlichkeiten 1**

Kreditverbindlichkeiten	1989
(in Prozent der Haushalte) (21)	
Geförderte Darlehen (Wohnung)	16
Bankkredit	12
Bausparkassenkredit	8
Annuitäten für freifinanzierte Wohnungen	2
Darlehen von Verwandten	2
Gehaltsvorschuß	2
Sonstige Kreditformen	2
längerfristige Kontoüberziehung	1
Ratenkauf	1
keine Kreditverpflichtungen	65

Aus Angaben der Kreditinstitute werden etwa 4,5 Millionen bestehende Kreditverträge, die Verbraucher betreffen, ausgewiesen (22).

4. Zu den Ursachen von Verschuldung

Im wesentlichen ist der Verschuldungssachverhalt bei privaten Haushalten auf die Haushaltsgründung nach dem Verlassen der Herkunftsfamilie und dabei insbesondere auf den Wohnungserwerb bei dieser Haushaltsgründung zurückführbar (23). Dieser Sachverhalt zeigt sich besonders gut dann, wenn die Kreditverpflichtungen in Hinblick auf das Lebensalter der Betroffenen tabelliert werden.

Tabelle 6:**Kreditverbindlichkeiten 2**

Kreditverbindlichkeiten der Österreicher/innen 1993 (24)	in% der Haushalte	
Alter:	Wohnungskredit	Konsumkredit
14-29 Jahre	10	8
30-39 Jahre	25	10
40-49 Jahre	20	9
50-59 Jahre	14	6
über 60 Jahre	4	2
insgesamt	13	7

4.1 Kosten der Haushaltsgründung

Die Kosten einer Haushaltsgründung sind heute beachtlich geworden. Dies hat zum einen mit knappem und damit teurem Wohnraum zu tun, dann natürlich mit den in den letzten Jahren zweifellos gestiegenen Anspruchsniveaus, was die Wohnung selbst wie auch die Wohnungsausstattung betrifft.

Dies ist auch naheliegend, da Personen, die aus dem elterlichen Haushalt, also aus ihrer Herkunftsfamilie, ausscheiden und einen eigenen Haushalt gründen, den bislang gewohnten „Standard“ beibehalten wollen. Zu einem gewissen Teil sind derartige Standards überdies auch sozial vorgegeben, zu denken ist hier beispielsweise an das von Berufsarbeitsgegebenheiten beeinflusste Hygieneverhalten von Berufstätigen. Dazu kommt, daß bei Haushaltsgründungssituationen in Zusammenhang mit Schwangerschaft und Familiengründung gewisse Anspruchsniveaus sehr hart gesellschaftlich determiniert sind – etwa das Kinderzimmer, Vorhandensein von Waschmaschine, Badezimmer, Wohnküche usw., Wohnen also heute kinderorientierter verstanden wird.

Haushaltswissenschaftliche Daten zur Haushaltsgründung existieren in Österreich leider nicht, jedoch nach ersten Piloterhebungen (25) betragen die Kosten einer Haushaltsgründung bei bloß durchschnittlichem Anspruchsniveau (also bei einer Orientierung an der durchschnittlichen Ausstattung) und ohne Berücksichtigung des Pkw sowie bei der Annahme, daß eine günstige Mietwohnung (am Stadtrand) gefunden wird, für 1991 ca. öS 500.000,-. Fehlen hier entsprechende intergenerationale Transferleistungen, also Unterstützungen seitens der Herkunftsfamilien, wird hier für den in Gründung befindlichen Haushalt ein vergleichsweise hoher Fremdfinanzierungsbedarf gegeben sein (26).

4.2 Kinderkosten

Dazu kommen die vom Haushalt aufzuwendenden Kosten für den Nachwuchs. Kinderbezogene Kosten sind in einem hohen Maß individuell gestaltbar, jedoch durch das soziale Lebensumfeld nachhaltig beeinflusst.

So betragen sie in Deutschland (kindinduzierte Kosten des Haushalts, ohne Berücksichtigung staatlicher bzw. privater Transfers) monatlich von rd. 760 DM bei einem bescheidenen Lebensniveau bis rd. 2.100 DM bei anspruchsvollem Lebensniveau (27).

Für Österreich sind Kosten in der Größenordnung von rund öS 3.300,- (bei geringem Haushaltseinkommen) bis öS 12.000,- im Monat (bei hohem Haushaltseinkommen) anzusetzen; im Schnitt kostet ein Kind rund öS 7.400,-, zwei Kinder rund öS 4.800,- per Kind (28).

An sich wären derartige Haushaltsgründungsfinanzierungen nichts besonders Problematisches, wenn die Zielvorstellungen und Lebenspläne der Betroffenen über die Jahre der Vorfinanzierung (Kreditrückzahlungen) problemlos aufgingen.

Hier stellen sich jedoch nun im Alltag für die Betroffenen Probleme ein. Sie sind vor allem in drei Bereichen zu sehen.

4.3 Problemlagen

Zum einen ist die langfristig dauerhafte Einkommenserzielung durch Berufarbeit nicht garantiert: temporäre oder längerdauernde Arbeitslosigkeit ist ein – im Fall regionaler rezessiver Erscheinungen – externes Problem, das viele Haushalte, bedingt durch ihre lokale Eingebundenheit (insbesondere bei Familienhaushalten), nicht adäquat beherrschen können.

Zum zweiten sind Paarbeziehungen krisenanfälliger geworden: bei formellen, durch Eheschließung statistisch erfaßbaren Paarbeziehungen liegt die Trennungsquote heute bei rund 30 Prozent, sie ist im städtischen Bereich wesentlich höher; und das heißt, Partnerbeziehungen sind in den letzten Jahren instabiler geworden (29).

Zum dritten sind heute die individuellen, als üblich angesehenen Konsumansprüche gestiegen: Unterhaltung, Freizeit, Urlaub, positionale Güter haben einen hohen Stellenwert; sie sind auch für die persönliche Identität erheblich bedeutsamer geworden (30). Das heißt beispielsweise, daß verschuldungsbezogener Konsumverzicht Schwierigkeiten in Partnerschaften auslöst. Gerade in der modernen „schnell-lebigen“ Zeitstruktur des Alltagslebens wirkt die vergleichsweise hohe Adaptionsbereitschaft an das „Faktische“ also an gesellschaftliche Konsumnormen, auch in mikrosozialen Lebensverhältnissen desorientierend, was einmal frühere Ziele, Vorstellungen und Lebenspläne anlangt. Ursprüngliche Finanzierungsmotive geraten dabei leicht ins Vergessen.

4.4 Liquiditätsprobleme der Haushalte

Rund zwei Prozent der Kreditverträge von Verbrauchern (bzw. privaten Haushalten), dies sowohl gemessen nach der Zahl der Fälle wie des aushaftenden Volumens, werden im Zuge ihrer Tilgung „problematisch“ und kommen damit schließlich in die Rechtsverfolgung der Kreditinstitute (31).

Darunter wird in der Folge – im herkömmlichen Verständnis – sowohl das Ausgliedern aus der üblichen Kontoführung, also die institutsinterne Abtretung an das Rechtsbüro, wie auch schließlich die gerichtliche Durchsetzung der Rückzahlungsforderung verstanden. Im rechtlich-wirtschaftlichen Jargon „schlagend“ – also gerichtlich verfolgt – werden aber wesentlich weniger Fälle, die Größenordnung der vollständig in Gerichtsverfolgung liegenden und uneinbringlichen Fälle liegt vermutlich deutlich unter einem Prozent und ist damit im Vergleich zu Kommerzkrediten eine, umgangssprachlich ausgedrückt, „relativ sichere Angelegenheit“ (32).

5. Zu den Ursachen von Überschuldung

Die Ursachen für Überschuldung sind zwar in ihren Oberflächenformen in großen Zügen inzwischen einigermaßen bekannt. Eine systematische, umfassende Forschung, insbesondere auch im Hinblick auf ihre Tiefendimensionen, hat es jedoch bislang nicht gegeben.

5.1 Umkippen von Verschuldungslagen in Überschuldungslagen

Aus Verschuldungslagen werden Überschuldungsprobleme nach den bisherigen Erfahrungen in erster Linie dann, wenn angespannte wirtschaftliche Situationen von privaten Haushalten einerseits über längere Zeit, andererseits durch externe Einflüsse „außer Kontrolle“ geraten; wenn also beispielsweise auf längere Sicht und damit der individuellen, augenblicklichen Aufmerksamkeit entglittene, „mitgeschleppte“ Haushaltsgründungskosten einerseits und andererseits Arbeitslosigkeit, veränderte Arbeitsgegebenheiten oder Partnerprobleme zusammentreffen und vom betroffenen Haushalt nicht mehr adäquat „gemanagt“ werden können. Genau diese Zusammentreffen bewirken nach den bisherigen Erfahrungen (33) mehrheitlich ein Umkippen von haushaltlich/familiär an sich noch verkraftbaren Verschuldungslagen in individuell nicht mehr lösbare Überschuldungssituationen.

Aus einer Befragung bei deutschen Schuldnerberatungseinrichtungen ergibt sich folgende Verteilung der Überschuldungsursachen bzw. der Auslöser von Überschuldung privater Haushalte, – es sind dies Einschätzungen und Beurteilungen aus der Perspektive der Schuldnerberater:

Tabelle 7:

Ursachen von Überschuldung (34)

Auslöser von Überschuldung	in% (Mehrfachnennungen)
Arbeitslosigkeit	37
Probleme mit der Haushaltsführung	36
Niedrigeinkommen	32
Bildungsdefizite	21
Trennung/Scheidung	20
Haushaltsgründung	12
Suchterkrankung	11
Unfall/Krankheit	10
Überversicherung	10
Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen	6
Schwangerschaft	4

Offensichtlich sind es in erster Linie ökonomisch-strukturelle Probleme und Lebenslagen, die zu Überschuldungssituationen der einzelnen Haushalte führen. In zweiter Linie treten Dimensionen zutage, die als individuelle soziale bzw. ökonomische Schwächen charakterisierbar sind.

Aus etwas Distanz besehen, nimmt der zweite Ursachenkomplex nicht weiter wunder, denn die Bildungssysteme der modernen Gesellschaften (zumindest in Europa) statten die Beschulten mit lebenspraktisch-ökonomischem Wissen – und im Vergleich zu den vorhin erwähnten soziostrukturellen Außenanforderungen – in denkbar geringem Maß aus. Verbraucherwissen und haushaltsbezogenes Wirtschaftswissen kommt heute in den „modernen“ mitteleuropäischen Schulen nicht oder doch bestenfalls nur am Rand vor. Dieses Defizit betrifft Österreich besonders.

5.2 Gesellschaftliche und marktwirtschaftliche Defizite

Während Marketingaktivitäten und Werbung vergleichsweise problemlos eine neue Folie der Alltagsrealität entfalten können, bleiben entsprechende bildungspolitische Korrekturen unrealisiert. Herb ausgedrückt ließe sich sagen, daß sich zwar heute Werbung praktisch alle Freiheiten nehmen darf, aber der Staat bei einer entsprechenden informatorischen Korrekturfunktion – von wohlfahrtspolitisch intendierten Regulierungen soll erst gar nicht gesprochen werden – versagt. Dieses Staatsversagen bei marktwirtschaftlich zugestandenen „Wildwüchsen“ in der alltagsweltlichen Gestaltung von Wirklichkeit stellt ein ernstes Problem auch in anderen Bereichen, etwa im Hinblick auf ökologische Sachverhalte, dar.

6. Sozialstrukturelle Probleme

6.1 Gesellschaftliche Konsumstile – interne Ursachen?

Offenbar ist also zumindest einem Teil der überschuldeten und in den modernen „Schuldturm“ der Kreditinstitute geratenen (35) Verbraucher bzw. Haushalte ihr Konsumverhalten einer persönlichen, wirtschaftlich adäquaten Kontrolle entglitten. Ihre in Bedarfe transponierten Bedürfnisse haben ihre finanziellen Spielräume überschritten (36). Sie haben Werbeversprechen und Marketinginhalte offensichtlich zu „direkt“, zu persönlich genommen, ihre Autonomie und ihre Problemlösungskapazität überschätzt, und ihre Eingebundenheit in vergleichsweise starre sozioökonomische Strukturen unterschätzt. Unter aktuellem Konsumdruck wurden die längerfristigen wirtschaftlichen Möglichkeiten zu wenig beachtet, es wurde zuwenig Risikovorsorge getrof-

fen, die Haushalte hatten ihre wirtschaftliche Adaptionfähigkeit zu gering entwickelt; all dies wären zutreffende Aussagen. Sie müssen allerdings ergänzt werden durch die Feststellung, daß moderne Gesellschaften – und dies gehört in den politischen und staatlichen Verantwortungsbereich – hier vergleichsweise wenig an Korrekturmöglichkeiten im Sinne von Information und einer bildungspolitischen Korrektur von „Konsumdruck“ und der marktwirtschaftlich gesteuerten Bedarfsentwicklung bieten.

Eine Beobachtung der Marktentwicklung und ein entsprechendes informatorisches Gegensteuern findet nicht statt, obschon sich bei den Konsumgegebenheiten alarmierende Dysfunktionen abzuzeichnen beginnen. Hingewiesen sei hier an den relativ hohen Anteil der Verbraucher, die angeben, sich beim Konsum manchmal „wie in einem Rausch“ zu befinden (dazu weiter unten). Ein anderer solcher Bereich ist das permanent außer der vorgesehenen Regelmäßigkeit stattfindende Verhalten im Straßenverkehr.

Ginge es hier nicht um marktwirtschaftlichen Konsum, sondern um Drogen oder andere auf tradierten Wertskalen politisch abgelehnte Dinge, würde eine massive staatliche Interventionsmaschinerie längst eingesetzt haben.

Kehren wir jedoch zurück zu den Verbrauchern und ihren Umgang mit Absatzinteressen, also zu jener üblichen Kommunikationsform, die – drücken wir es zugespitzt aus – zum Zweck des Kaufs von Produkten Verbraucherwahrnehmungen manipulieren darf: zur Werbung. Insgesamt zeigt sich bei den österreichischen Verbrauchern eine recht ambivalente Haltung zur Werbung: sie ist zwar weitgehend als „wirtschaftliches „Muß““ akzeptiert, man mißtraut ihr allerdings doch in erheblichem Maß.

Tabelle 8:**Einstellungen zur Werbung (37)****Ansichten über Werbung****Österreich**

(Sample 1000; Prozentsatz der Ausprägungen:

„stimme stark zu“, „stimme zu“)

in%

Werbung soll nur informieren, nicht beeinflussen	91
Werbung gehört zu unserem heutigen Leben einfach dazu	84
Es ist falsch, wenn man jede Werbung rundweg ablehnt	81
Werbung ist heutzutage notwendig	77
In der Werbung zu arbeiten ist ein schöner Beruf	71
Werbung übertreibt fast immer so stark, daß sie unglaublich wirkt	71
Ohne Werbung würden weniger Waren verkauft werden, so daß sie teurer sein müßten	67

Die Werbung verleitet dazu, Waren zu kaufen, die man gar nicht braucht	65
Durch Werbung läßt man sich nicht wirklich beeinflussen	55
Im allgemeinen ist es interessant, was die Werbung bringt	50
Ich bin selbst überrascht, daß mir manche Sätze und Melodien aus der Werbung ganz unbewußt über die Lippen kommen	50
Ohne Werbung wären die Produkte viel billiger	49
Werbung bringt schöne Bilder und Stimmungen	46
Durch die Werbung wird man so verwirrt, daß man gar nicht mehr weiß, was man kaufen soll und was nicht	44
Irreführende Werbung gibt es heute nur selten	43
Durch Werbung kommt Abwechslung in unser Leben	40
Werbung ist überflüssig	29

Gesellschaftliche Konsumgegebenheiten, wie die heute übliche Marktbearbeitung und Werbung, haben offensichtlich ebenso einen bestimmten Anteil an den Überschuldungssituationen von Haushalten, wie das Versagen staatlicher Korrekturmaßnahmen insbesondere im Hinblick auf Bildung und Sachinformation zu Konsumfragen.

6.2 Externe Ursachen

Zweifellos ist es eine Angelegenheit begrifflicher Abgrenzung, zwischen internen und externen Überschuldungsursachen zu unterscheiden. Diese Abgrenzung kann hier nicht detaillierter gezogen werden, auch ist sie eine Frage des Analyserahmens: Wer ist in letzter Konsequenz schuld, wenn ein gutgläubiger Verbraucher sich bei einem betrügerischen Anlagekeiler überschuldet: der einzelne, das staatlich unzureichend beobachtete und geregelte Wirtschaftssystem oder das staatliche Bildungssystem, das den einzelnen ungenügend vorbereitet hat?

Evident ist, daß ein Teil der in Überschuldungslagen geratenen Konsumenten in diese aufgrund von nicht unmittelbar persönlich zu verantwortenden Lebenslagen geraten ist: etwa regionale Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzprobleme, Trennung vom Partner, Scheidung, Unfälle, Schicksalsschläge, usw. Dies sind individuelle und ohne eigenes Zutun, ohne eigene Korrekturmöglichkeiten und entgegen den persönlichen Lebensplänen, sich ergebende Phasen, die eine angespannte finanzielle haushaltswirtschaftliche Situation in Überschuldungssituationen verwandeln (38).

6.3 Konsum und konsumpathologische Erscheinungen

Zum dritten jedoch sind vergleichsweise neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Phänomene wie „Kaufsucht“ zu registrieren (39). Rund

fünf Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung sind – nach vorsichtigen Schätzungen – als „kaufsüchtig“ einzuschätzen; etwa 20 Prozent der Bevölkerung sind, konsumpsychologisch gesehen, durchaus als „konsumadditiv – gefährdet“ zu beschreiben.

In Österreich antworten auf relativ einfache „Kaufrausch“-Fragestellungen – trotz der hier vermutlich wirksamen „sozialen Wünschbarkeit“ in gegenteiliger Richtung (nämlich Souveränität, Autonomie und Selbstbestimmung) – beispielsweise 22 Prozent der Befragten mit „trifft zu“. Im folgenden eine Übersicht über einige der in diesem Zusammenhang interessanten Antworten.

Tabelle 9:**Einkaufseinstellungen**

Einkaufseinstellungen, Einkaufsverhalten (40) (41) österreichische Verbraucher	in %
Es ist schwer, gute Informationen zu bekommen	61
Qualitätsunterschiede sind für den Laien oft nicht erkennbar	52
Durch das große Angebot bin ich mir manchmal im Nachhinein unsicher	47
Ich kaufe oft Dinge, um mich selbst zu belohnen	23
Wenn ich etwas haben möchte, kaufe ich es sofort	22
Manchmal denke ich, das habe ich wie in einem Rausch gekauft	22
Manchmal habe ich das Gefühl, unter einem Kaufzwang zu stehen	13

Anmerkung: Im angegebenen Prozentsatz sind die Antworten mit der Zustimmung auf „trifft voll und ganz zu“ sowie „trifft teilweise zu“, gemessen auf einer 5teiligen Skala zusammengefaßt.

7. Ausblick: Notwendige Aktivitäten

Im wesentlichen wären Aktivitäten in drei Bereichen zu setzen, um Überschuldungssituationen von privaten Haushalten besser lösen bzw. vermeiden zu können.

Zum einen wird das ab 1995 in Kraft tretende Privatinsolvenzrecht einer begleitenden konsumentenpolitischen Evaluation unterzogen werden müssen, um sicherzustellen, daß die sozialpolitischen und verbraucherpolitischen Intentionen hier auch zureichend realisiert werden. Schon jetzt gesehene Probleme sind die vergleichsweise lange Verpflichungszeit und das relativ aufwendige rechtliche Verfahren.

In diesem Zusammenhang erscheint es auch wichtig, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß Schuldnerberatungseinrichtungen und die Rechtspflege über zureichendes haushaltswirtschaftliches bzw. konsumökonomisches Verständnis verfügen; dies scheint heute noch nicht in wünschenswertem Maß der Fall zu sein.

Zum zweiten sind Maßnahmen im Bereich der konsumwirtschaftlichen (haushaltswirtschaftlichen) Bildung überfällig, um die Verbraucher mit praktischen wirtschaftlichen und finanziellen Fertigkeiten auszustatten. Dies betrifft zweifellos notwendige Verbesserungen im schulischen Bereich, aber auch eine entsprechende Informationsarbeit für Verbraucher ist notwendig.

Hier könnte es beispielsweise sinnvoll sein, die in Österreich überhaupt nicht vorhandene Schiene von Haushaltsberatungs-Organisationen, die es etwa in Deutschland als zweiten Bereich neben der institutionellen Verbraucherarbeit gibt, zu entwickeln.

Zum dritten wäre ein extensiver gesellschaftspolitischer und bildungspolitischer Beitrag, der Verbraucher zu einem weniger heteronomen Konsumverhalten führt, notwendig. Dies nicht nur im Hinblick auf einen für die Verbraucher sinnvollen Abbau des Konsumdrucks, sondern etwa auch als Beitrag zur Lösung ökologischer Probleme – die materiellen Mengeneffekte fressen mittlerweile die ökologischen Spareffekte wieder auf (42). Hier wären nicht nur ökologische, produktionsorientierte, sondern auch den Konsumbereich umfassende Lösungen, damit auch „Alternativen zur bestehenden ‚Anspruchsinflation‘“ (43) notwendig. Erst mit einem solchen, „schlankeren“ Konsumverständnis als heute, werden auch für wirtschaftlich schwächere Verbraucher viele Konsumbedarfe weniger scharf wirksam, damit auch ließen sich Haushaltsfinanzierungssituationen sicherlich entspannter meistern.

Anmerkungen

- (1) Diese Regelung tritt am 1.1.1995 in Kraft. Derartige Lösungsmöglichkeiten für Verbraucher waren eine Zielsetzung der AK (Kammer für Arbeiter und Angestellte). Die AK war es auch, die den Lösungsweg einer Schuldnerberatung aus Deutschland nach Österreich importiert und hier in Eigenregie initiiert hat; in der Folge wurden von Trägern der sozialen Wohlfahrt derartige Beratungseinrichtungen ausgebaut.
- (2) Vgl. bspw. IMAS (Linz 1994).
- (3) Vgl. A. a. O.
- (4) Vgl. Kollmann (Wien 1983).
- (5) Vgl. Kollmann (Wien 1993).
- (6) Vgl. Daten 1991, Wolf, Vollmann (1992), S 781 f vgl. Daten 1982 und 1977 Kollmann (Wien 1983).
- (7) Bspw. Hesse (Frankfurt/Main 1989).
- (8) Nach Modellrechnungen und Piloterhebungen im Rahmen von LVA des Autors; vgl. auch Probst (Wien 1993), wobei die dortige Stichprobe in Richtung gehobener Einkommen verzerrt scheint.
- (9) Lutz, Wagner, Wolf (Wien 1993).
- (10) Für Österreich liegen die zusammengefaßten Marktbearbeitungsaufwendungen bei über 60 Milliarden öS im Jahr (1993), das sind rd. 20.000 öS per Haushalt und Jahr (um dies in anschauliche Größenordnungen zu bringen [vgl. für nähere Angaben Kollmann (1992), S 37 ff]) – welche übrigens in Hinblick etwa auf Marktzutrittsbarrieren auch im konventionellen volkswirtschaftlichen Verständnis problematisch werden; – „For the german food market experts reckon that it will cost \$ 15 – 25 million over a 5 year period to introduce a new brand“ vgl. Irmischer (1993), S 103.
- (11) Kollmann (Wien 1983), Kollmann (Wien 1993).
- (12) Vgl. dazu bspw. Brandner, Mooslechner (1992), S 447.
- (13) Vgl. Schönbauer (Wien 1990).

- (14) (nach dem sog. Verpflichtungskonzept) Vgl. Brandner, Mooslechner (1992), S 326 ff., Mooslechner, Brandner (1992), S 447.
- (15) Brandner, Mooslechner (1992).
- (16) Vgl. Mooslechner, Brandner (Wien 1992), S 10 ff.
- (17) Quelle OeNB (Oesterreichische Nationalbank), nach AK (Hg.) (Wien 1994).
- (18) Vgl. bspw. Mooslechner, Brandner (Wien 1992).
- (19) Wird ein Kredit eines Ehepaars, für den beide Schuldner sind, von beiden jeweils als persönlicher Kredit verstanden, oder bspw. dem in der haushaltlichen Arbeitsteilung für Geldfragen verantwortlichen Partner zugerechnet? Im ersten Fall ergäbe sich eine scheinbare Verdopplung des Kreditumfangs, wenn von Personen auf Haushalte anhand ihrer Personenzahl fortgerechnet würde.
- (20) Vgl. dazu in anderem (nämlich hauswirtschaftlichem) Zusammenhang bspw. Probst (Wien 1993).
- (21) Schönbauer (Wien 1990).
- (22) Vgl. a. a. O. dazu ergänzend ein Gespräch mit Peter Mooslechner.
- (23) Korczak, Pfefferkorn (Köln 1992), vgl. dazu auch Schlögl (Wien 1994).
- (24) IMAS (Linz 1994).
- (25) Im Rahmen von Lehrveranstaltungen an der Universität Wien, vgl. Kollmann (Wien 1991).
- (26) Vgl. zum Konsumverhalten und Freizeitverhalten von Jugendlichen Kollmann (Linz 1988).
- (27) Quelle: Deutsches Familienforschungsinstitut, in DM 12/1992, S 32 ff.
- (28) Eigene Fortrechnungen nach Buchegger (Linz 1987).
- (29) Vgl. dazu bspw. Diekmann, Klein (Frankfurt/Main 1989), Giesser, Reiter, Schattovits, Wilk (Wien 1990).
- (30) Vgl. dazu als Anriß Opaschowski (Hamburg 1992).
- (31) Vgl. Mooslechner, Brandner (Wien 1992).
- (32) Institut für Technologie und Warenwirtschaftslehre (Wirtschaftsuniversität Wien) (Wien 1994).
- (33) Vgl. Schlögl (Wien 1994), sowie die Medienäusserungen der Schuldnerberatungseinrichtungen.
- (34) Korczak, Pfefferkorn (Köln 1992) S 272.
- (35) so bspw. Schönbauer (Wien 1990).
- (36) Vgl. dazu bspw. Scitovsky (Frankfurt 1989). Dann bspw. Lohauß (Marburg 199). Weiters bspw. Schulze (Frankfurt/Main 1992).
- (37) Quelle: Fessel+GfK (Wien 1994).
- (38) Vgl. Mooslechner, Brandner (Wien 1992). S 65 ff; Schlögl (Wien 1994).
- (39) Scherhorn, Reisch, Raab (Stuttgart 1990).
- (40) Fessel+GfK (Wien 1994).
- (41) Die Formulierung der Fragestellung ist hier vereinfacht dargestellt; die angeführten Items sind eine Auswahl.
- (42) Vgl. bspw. Schmidt-Bleek (Berlin, Basel, Boston 1994).
- (43) Schmidt-Bleek (Berlin, Basel, Boston 1994). Auf die Notwendigkeit „einen neuen Lebensstil mit neuen Produktionsverfahren und neuen Verbrauchsmustern zu entwickeln: einen auf Dauer ausgerichteten Lebensstil“, hat bspw. Schumacher immer wieder hingewiesen, vgl. Schumacher (Reinbek 1977), S 18.

Literatur

- AK (Hrsg.), Sozial- und Wirtschaftsstatistisches Taschenbuch 1994 (Wien 1994).
- Brandner, Peter; Mooslechner, Peter, Ökonomische Bedeutung und Problematik der Verschuldung privater Haushalte, in: WIFO Monatsberichte 8 (1992).
- Buchegger, Reiner, Die Ausgaben für Kinder im Jahre 1984 (Linz 1987).
- Diekmann, Andreas; Klein, Thomas, Bestimmungsgründe des Ehescheidungsrisikos, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2 (1991).
- Fessel + GfK 1994, Life Style 1993 (Wien 1993).

- Giesser, Richard; Reiter, Ludwig; Schattovits, Helmuth; Wilk, Liselotte, Lebenswelt Familie - Familienbericht 1989 (Wien 1990).
- Hesse, Klaus (Hrsg.), Strukturwandel des Haushalts in Perspektiven (Frankfurt/Main 1989).
- Institut für Technologie und Warenwirtschaftslehre (Wirtschaftsuniversität Wien), Verbraucher, Konsum und Finanzierungsfragen. Wirtschaftliche Gegebenheiten und Finanzierungsfragen bei den Konsumenten bzw. den privaten Haushalten in Österreich (= unveröff. Gutachten, Wien 1994).
- Irmischer, Markus: Modelling the brand equity concept, in: *Marketing and Research today* 21/2 (1993).
- Kollmann, Karl, Einführung in die Wirtschaftslehre des Haushalts, Materialien für Haushaltswissenschaften (Institut für Haushalts- und Ernährungswissenschaften, Universität Wien, Wien 1991).
- Kollmann, Karl, Konsumenten '82 (Institut für Gesellschaftspolitik, Wien 1983).
- Kollmann, Karl, Jugend-Konsum - Konsum-Jugend, in: Janig, Herbert; et. al. (Hrsg.), *Schöner Vogel Jugend* (Linz 1988).
- Kollmann, Karl, Verbraucher zwischen Marketing und Umweltpflicht, in: *Aufrisse* 2 (1992).
- Kollmann, Karl, Konsumenten '92 (= Materialien AK-Konsumentenpolitik: Marktforschung, Wien 1993).
- Korczak, Dieter; Pfefferkorn, Gabriela, Überschuldungssituation und Schuldnerberatung in der Bundesrepublik Deutschland (= Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie und Senioren und des Bundesministeriums der Justiz, Stuttgart, Berlin, Köln 1992).
- Lohauß, Peter: Marktgesellschaft und Individualisierungen - Über den Wandel von Sozialstrukturen, Lebensstilen und Bewußtsein, in: Voy, Klaus; Polster, Werner; Thomasberger, Claus, (Hrsg.), *Gesellschaftliche Transformationsprozesse und materielle Lebensweise, Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1949-1989)* Band 2 (Marburg 1991).
- Lutz, Hedwig; Wagner, Michael; Wolf, Walter, Von Ausgrenzung bedroht. Struktur und Umfang der materiellen Armutsgefährdung im österreichischen Wohlfahrtsstaat der achtziger Jahre (= Schriftenreihe Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Nr. 50, Wien 1993).
- Mooslechner, Peter; Brandner, Peter, Ökonomische Aspekte der Verschuldung privater Haushalte (Wien 1992).
- Opaschowski, Horst W., *Freizeit 2001* (Hamburg 1992).
- Probst, Sylvia, Die konsumwirtschaftliche Lage der österreichischen Mehrpersonenhaushalte (= unveröffentlichte Diplomarbeit, Wirtschaftsuniversität Wien, Wien 1993).
- Scherhorn, Gerhard; Reisch, Lucia; Raab, Gerhard, *Kaufsucht* (= Arbeitspapier 50, Universität Hohenheim, Stuttgart 1990, 3. Fassung).
- Schlögl, Harald, Verschuldungslagen von Verbrauchern - Versuch einer konsumökonomischen Analyse dieser Wirtschaftssituationen (= unveröffentlichte Diplomarbeit, Wirtschaftsuniversität Wien, Wien 1994).
- Schmidt-Bleek, Friedrich, *Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS - Das Maß für ökologisches Wirtschaften* (Berlin, Basel, Boston 1994).
- Schönbauer, Ulrich, Konsumentenkredite - Zwischen Wunderwelt und Offenbarungseid, in: Institut für Gesellschaftspolitik (Hrsg.), *Privatverschuldung in Österreich* (Wien 1990).
- Schulze, Gerhard, *Die Erlebnisgesellschaft - Kultursoziologie der Gegenwart* (Frankfurt/Main 1992).
- Schumacher, E. F., *Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Alternativen für Wirtschaft und Technik. „Small is beautiful“* (Reinbek 1977).
- Scitovsky, Tibor, *Psychologie des Wohlstands. Die Bedürfnisse des Menschen und der Bedarf des Verbrauchers* (Frankfurt 1989).
- Wolf, Walter; Vollmann, Kurt, Personen- und Haushaltseinkommen der unselbständig Beschäftigten 1991, in: *Statistische Nachrichten* 10 (1992) 781 f.